

Sitzungsvorlage DS 2012/260

Stadtkämmerei
Gerhard Engele
Helmut Nau
(Stand: **06.07.2012**)

Mitwirkung:

Gemeinderat

öffentlich am 16.07.2012

Aktenzeichen: 902.41

Finanzbericht 2012

- **Entwicklungen 1. Halbjahr und Prognose auf Jahresende**
- **Budgetfortschreibung und Vermögenshaushalt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Finanzbericht der Stadtkämmerei wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Fortschreibung der in Ziffer 2.2 aufgelisteten Budgets im Verwaltungshaushalt mit einer Nettobelastung von zusammen 450.000 € wird zugestimmt. Die Abdeckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer 2011/2012.
3. Die bereits beschlossenen Investitionsvorhaben "Umsetzung Lärmaktionsplan", "Parkraumkonzept" und "2. BA Locherhofentwässerung" (Ziffer 2.3) führen zu Nettomehrausgaben von insgesamt 390.000 €. Diese werden abgedeckt durch die Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer, dem FAG 2012 sowie den Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage (Abrechnung 2011).
4. Die um 150.000 € höheren Tilgungskosten im Vermögenshaushalt (Unterabschnitt 2.9100) werden abgedeckt durch entsprechend geringere Zinsausgaben im Verwaltungshaushalt (Unterabschnitt 1.9100) – siehe Ziffer 2.4.

Sachverhalt:

1. kein Nachtragsplan 2012 der Stadt Ravensburg

In den letzten Jahren war es üblich, die ursprüngliche Haushaltssatzung vor der Sommerpause durch eine Nachtragssatzung zu ändern, zu berichtigen und zu aktualisieren. In der Regel haben die Planfortschreibungen auch zu einer Anpassung der Kredit- und/oder Verpflichtungsermächtigung geführt, was eine Genehmigungspflicht des Regierungspräsidiums ausgelöst hat.

Die aktuell bekannten Änderungen und Verschiebungen im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt 2012 sind umfangreich, es zeichnet sich aber weder ein erheblicher Fehlbetrag ab, noch sind die Budgetfortschreibungen und die Mehrausgaben im Verhältnis zu den veranschlagten Gesamtausgaben im kommunalrechtlichen Sinne erheblich. Nachdem aktuell keine Änderung der genehmigten Kredit- und Verpflichtungsermächtigung notwendig erscheint, ist eine förmliche Nachtragsplanung 2012 nicht erforderlich.

2. Finanzbericht – Entwicklungen im 1. Halbjahr (Stand 04.07.2012)

2.1 Grundlagen

Die aktuellen Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2012 liegen über die Fortschreibung des Haushaltserlasses des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 16.05.2012 vor (Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer 2012). Die Endabrechnungen von Gemeinschaftssteuern und Finanzausgleich 2011 liegen ebenfalls vor (Mehreinnahmen und Minderausgabe). Der verfügbare Teil der allgemeinen Rücklage hat sich im Ergebnis des Abschlusses 2011 etwas verbessert (Information dazu im Gemeinderat am 23.04.2012). Nachfolgende Aussagen basieren auf dem Erkenntnisstand Ende Juni 2012.

Die wenigen unabweisbaren Budgetbelastungen (Mehrausgaben und Mindereinnahmen laut Ziffer 2.2) können aufgefangen werden. Die mit 6.750.000 € veranschlagte Zuführungsrate wird sich vs. etwas günstiger entwickeln. Die verbleibende Netto-Mehrzuführung wird mit etwa + 600.000 € prognostiziert.

Im Vermögenshaushalt soll diese Mehrzuführung zur Finanzierung bereits beschlossener Maßnahmen verwendet werden, nachdem auf eine Umsetzung und Umfinanzierung über einen Nachtragsplan verzichtet wird – Lärmaktionsplan, Parkraumkonzept Nord-, Süd- und Bahnstadt, Locherhofentwässerung, Verschiebungen innerhalb der Stadtsanierung (neue Bewilligungsbescheide).

Unterstellt ist dabei, dass sich die Gewerbesteuer im Restjahr wie geplant entwickelt (Ansatz 39.500.000 €) und insbesondere, dass sich die mit einem Netto-Überschuss von 4.400.000 € veranschlagte Grundstücksbilanz aller bebauten und unbebauten Grundstücke im Einzelplan 8 auch realisieren lässt. Das Gewerbesteuer-Soll liegt Ende Juni bei 38.400.000 € und damit rund 1.100.000 € unter dem Ansatz. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

2.2 Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt zeigt sich zweigeteilt – die steuerliche Entwicklung 2011/12 und der Finanzausgleich führen zu Verbesserung, einige Budgets sollten hingegen an die Ergebnisse 2011 angepasst bzw. wegen unvermeidbarer Mehrbelastungen "nachgebessert" werden, was im Planvergleich zu Mindereinnahmen und zu Mehrausgaben führt.

Steuern und FAG	Einnahmen	Ausgaben
Einkommensteuer (Abrechnung 2011)	+ 400.000	
Umsatzsteuer (Abrechnung 2011)	+ 50.000	
Einkommensteuer (Mai-Steuerschätzung)	+ 250.000	
Gewerbesteuer-Umlage (Abrechnung 2011)		- 100.000
Landeszuschüsse KiGa und KiTa für 2012	+ 250.000	
Zwischensumme	+ 950.000	- 100.000

Die vorläufige **Nettoverbesserung** von eigenen und Gemeinschaftssteuern sowie dem FAG summiert sich auf voraussichtlich **1.050.000 €**.

Einzelbudgets	Einnahmen	Ausgaben
Dachabdichtung Sporthalle Gymnasien		+ 100.000
Winterdienstarbeiten (Anpassung an 2011)		+ 80.000
Straßenentwässerung (Abrechnung 2011)		+ 30.000
Bußgelder und Parkgebühren	+ 100.000	
Friedhofsgebühren (Anpassung an 2011)	- 100.000	
Konzessionsabgaben (Abrechnung 2011)	- 160.000	
Pacht Oberschwabenhalle (Abrech. Vorjahre)	- 30.000	
Mietverhältnisse (Anpassung an 2011)	- 100.000	+ 100.000
Auswirkungen Steuerprüfung 2007 bis 2009		+ 200.000
Vergnügungssteuer (Nachholung aus 2011)	+ 350.000	
Zwischensumme	+ 60.000	+ 510.000

Die größeren Budgetbelastungen summieren sich auf netto **450.000 €**, sie sind aus heutiger Sicht über die genannten Verbesserungen aufzufangen. Die Zuführungsrate verbessert sich voraussichtlich um **600.000 €** auf 7.350.000 €.

Wichtig ist daneben, dass die **Steuerprüfung** noch nicht abgeschlossen ist, aktuell laufen Gespräche zwischen Finanzamt, Stadt und Steuerberater. Eine Reduzierung der Erstattungszahlung an das Finanzamt erscheint möglich.

Der **Tarifabschluss** im Öffentlichen Dienst verursacht gegenüber der Planung Mehrausgaben bei den Beschäftigten von 200.000 € (3,5% statt 1,9%) und Minderausgaben bei den Beamten von 50.000 € (1,2% statt 2%). Die Nettobelastung von 150.000 € lässt sich voraussichtlich noch etwas reduzieren, von einem Abmangel von etwa 100.000 € in den Budgets ist aber auszugehen.

Die Personalkostensteigerungen bei den **Kindergärten** und -tageseinrichtungen (Betriebskostenabmangel der Träger) reicht der ursprünglichen Ansatz von 11.400.000 € aus (bislang angenommen 3%-ige Steigerung aller Kosten).

Bei den Einzelbudgets ist unterstellt, dass alle Budgetabweichungen kleiner 25.000 € gegenseitig ausgeglichen werden können – Abdeckung hat Vorrang vor Aufstockung. Die Erfahrung zeigt, dass der Budgetabschluss – bei weiterhin restriktivem Kurs bei den Haushaltsresten – im Saldo eine Verbesserung von insgesamt von 500.000 € bis 1.000.000 € erbringen kann, die Abdeckung der Personalausgaben in den vielen Budgets dabei eingerechnet. Dazu trägt auch die vom Oberbürgermeister Ende letzten Jahres verfügte verwaltungsinterne **Sperre** bestimmter Gruppierungen im Verwaltungshaushalt von 2% bei.

2.3 Vermögenshaushalt

Über die voraussichtliche Nettoverbesserung von 600.000 € im Verwaltungshaushalt können die Nettomehrkosten der Beschlüsse zum Parkraumkonzept, zum Lärmaktionsplan und zum 2. BA der Locherhofentwässerung von insgesamt 390.000 € abgedeckt werden. Kreditaufnahmen oder die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage sind nicht notwendig.

Auch der Mehrbedarf bei den beiden Schulen mit zusammen 110.000 € kann über die höhere Zuführungsrate abgedeckt werden. Dazu sind aber noch Beratungen und **Einzelbeschlüsse (= B)** nötig.

Vermögenshaushalt	Einnahmen	Ausgaben
Lärmaktionsplan – VKA 26.03.2012		+ 195.000
Parkraumkonzept – AUT 28.03.2012		+ 100.000
Straßenentwässerung – AUT 28.03.2012		- 50.000
Locherhofentwässerung – AUT 08.02.2012	+ 110.000	+ 255.000
B = Brandschutz St. Christina		+ 50.000
B = Pausenhof Realschule		+ 60.000
Zwischensumme	+ 110.000	+ 610.000

2.4 Kredite Kernhaushalt und Rücklagen

Die Planung sieht Neukredite und Tilgungen von jeweils 1.500.000 € vor. Dies entspricht einer **Netto-Neuverschuldung 2012 von "0"**. Zur Kreditaufnahme gibt es noch keinen Einzelbeschluss, er ist derzeit auch nicht vorgesehen. Abhängig von den Entwicklungen im 2. Halbjahr ist beabsichtigt, auf den Kredit, wenn möglich, insgesamt zu verzichten = **Entschuldung**. Bei dem geplanten **Schuldendienst** für die Finanzierungskredite ergeben sich höhere Tilgungs- und geringere Zinsausgaben von jeweils 150.000 €. Dies hängt mit dem sehr günstigen Zinsniveau am Kapitalmarkt, Darlehensumschuldungen und der Ablösung eines kleineren Restdarlehens zusammen (siehe auch Ziffer 3).

Ende 2011 sind in der **allgemeinen Rücklage** rund 4.100.000 € gebucht. Die Ergebnisverbesserung 2011 beträgt rund 900.000 €. Die den Mindestbestand 2012 übersteigende "verfügbare" Rücklage liegt bei knapp 1.500.000 €.

In der Haushaltsplanung 2012 wurde bewusst auf eine Rücklagenentnahme verzichtet, sie soll in den nächsten Jahren konsequent aufgebaut werden, dies insbesondere auch im Hinblick auf die Unsicherheiten und das Risiko im Zusammenhang mit der Gewerbesteuer der WGV Holding AG. Sofern sich die Finanzen der Stadt im 2. Halbjahr noch günstiger entwickeln, egal ob im Verwaltungshaushalt (Steuern, Budgetentwicklung) oder im Vermögenshaushalt (Grundstückserlöse, Abrechnung von Maßnahmen), sollten diese Mittel vorrangig (analog Jahresabschluss 2011) zur Reduzierung der Neukredite und zur Aufstockung der Rücklage verwendet werden.

3. **Beschlüsse zur Änderung von Planansätzen**

Planänderungen durch einen Nachtrag werden in der Planung und im Vollzug (Haushaltsrechnung) betraglich dokumentiert. Die Mittel können ausgegeben, umgeschichtet oder als Haushaltsrest in das Folgejahr übertragen werden.

Beim Verzicht auf einen Nachtragsplan sind die Mittelaufstockungen und -umschichtungen und deren Abdeckung im Einzelfall zu beschließen. Die wenigen notwendigen Budgetverschiebungen und die (geänderte) Umsetzung der bereits beschlossenen Investitionen im Vermögenshaushalt sind über einen gemeinsamen Beschluss formell abzudecken.

Im Einzelfall sind folgende **Beschlüsse** erforderlich:

- Die Änderung der in **Ziffer 2.2** aufgelisteten Einzelbudgets mit einer Nettobelastung von 450.000 € wäre zu beschließen und abzudecken durch die Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer 2011 und 2012.
- Die bereits beschlossenen Investitionsvorhaben Lärmaktionsplan, Parkraumkonzept und 2. Bauabschnitt Locherhofentwässerung mit Nettomehrausgaben gemäß **Ziffer 2.3** von zusammen 390.000 € sollten neu abgedeckt werden durch die restlichen Mehreinnahmen aus der Einkommen-, der Umsatzsteuer und dem FAG sowie den Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage.
- Die um 150.000 € höheren Tilgungsausgaben im Vermögenshaushalt (UA 2.9100) können abgedeckt werden durch geringere Zinsausgaben im Verwaltungshaushalt (UA 1.9100) – siehe **Ziffer 2.4**.

4. **mögliche Risiken**

- Entwicklung der Gewerbesteuer im 2. Halbjahr
- Gewerbesteuer WGV Holding AG Ravensburg
- Entwicklungen bei der Oberschwabenklinik
- Entwicklung der Kreisumlage ab 2013
- Auswirkungen FAG 2011 im Haushaltsjahr 2013
- Landeszuschuss Meersburger Straße (GVFG)
- Grundstücksbilanz (bebaute und unbebaute Grundstücke) insgesamt